

Auf dem Weg zu einem europäischen Generalstreik?

Erste Annäherung an eine große Frage

Julia Hofmann

1. Einleitung

Die Europäische Union lässt sich schon seit ihrer Gründung durch ein starkes Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlichen und sozialen Interessen charakterisieren. Der europäische Integrationsprozess wurde vielfach dazu genützt, neoliberale Strukturreformen in den Ländern Europas durchzusetzen und das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital zu Gunsten des Kapitals zu verschieben (Scharpf 2010). Dieser generelle Trend verschärft sich seit Ausbruch der Krise; die EU wird immer mehr zur neoliberalen Zwangsgemeinschaft: Die Mitgliedstaaten (Krisen- wie Nicht-Krisenländer) wurden dazu angehalten ihre Budgets zu sanieren und eine „Schuldenbremse“ in ihren nationalen Verfassungen festzuschreiben. Diese Sanierungen geschahen vorwiegend über Einsparungen (vor allem im sozialen bzw. öffentlichen Bereich) sowie über Deregulierungen und Privatisierungen (Busch/Hermann/Hinrichs/Schulten 2012). War unmittelbar nach Ausbruch der Krise eine kurze Phase des wirtschaftspolitischen Umdenkens und eines „Return of Keynesianism“ (Baccaro 2010) zu beobachten, so wurden neoliberale Deutungs- und Handlungsmuster bereits nach kurzer Zeit wieder reaktiviert und fanden Einzug in die hegemonialen Krisenbewältigungsstrategien auf europäischer wie auf nationaler Ebene (Crouch 2011).

Gewerkschaften finden auf der europäischen Ebene bislang wenig Gehör. Die Instrumente des Interessenaustausches und sozialpartnerschaftlicher Verhandlungen, wie der *Europäische Soziale Dialog*, sind stark voluntaristisch ausgerichtet und scheinen eher als symbolische Gesten zu dienen, denn reale Option zur Einflussnahme zu sein (Platzer 2011). Auch das Europäische Parlament als zentrale demokratische Instanz wird bei richtungsweisenden Entscheidungen nur ungenügend in die Entscheidungsfindung eingebunden. Gewerkschaften halten demnach vielfach stark an der nationalstaatlichen Ebene fest. Dies macht insofern Sinn, da Abwehrkämpfe weiterhin im nationalen Rahmen zu führen sind. Zusätzlich zur nationalen Ebene müssen Gewerkschaften jedoch auch auf der europäischen Ebene durchsetzungsfähig werden. Ansonsten werden sie sich gegen die transnationalen Strategien von Unternehmen und deren „regime shopping“ (Streeck 1992) kaum behaupten können.

Neben Lobbying sind Proteste ein Weg sich im europäischen Herrschaftsraum Gehör zu verschaffen. Grenzüberschreitende Proteste als Mittel zur Interessendurchsetzung sind in der EU an sich nichts Neues. Sie begleiten das EU-Projekt schon seit seiner Gründung: Die Sozialforen-Bewegung Ende der 1990er Jahre und die große Mobilisierung gegen die Bolkestein-Richtlinie in den Jahren 2005/2006 sind gute Beispiele für teilweise erfolgreich geführte soziale Kämpfe auf europäischer Ebene (Bourdieu 2004; della Porta/Caiani 2009).

Auch seit Ausbruch der Krise nehmen Proteste in den EU-Mitgliedstaaten wieder stark zu: 36 Generalstreiks wurden allein in den Jahren 2010 und 2011 ausgerufen (Kelly/Hammann 2013). Stefan Schmalz und Nico Weinmann sprechen in diesem Zusammenhang von dem zweiten, großen „Kampfzyklus“ in Westeuropa seit 1968 (siehe ihr Beitrag in diesem Heft). Dennoch verblieb ein Großteil der Krisenproteste auf der nationalen Ebene¹ und richtete seine Forderungen an nationalstaatliche Regierungen (Rauh/Zürn 2013). Dies verwundert nicht – schließlich werden die Austeritätspolitiken weiterhin auf nationaler Ebene verhandelt. Seit Ausbruch der Krise mehren sich auch in einigen Politikfeldern die Renationalisierungstendenzen. Allerdings wurde die europäische Dimension der nationalen Probleme auch bei den aktuellen Krisenprotesten immer wieder betont. Ziel vieler Protestbewegungen war es, nationale Kämpfe mit europäischen Auseinandersetzungen zu kombinieren. In diesem Zusammenhang wurde im Vorfeld des europaweiten Aktionstages vom 14. November 2012 – vor allem von südeuropäischen GewerkschafterInnen – die Forderung nach einem „europäischen Generalstreik“ erhoben.

Ob dieser in naher Zukunft realistischer Weise durchsetzbar ist, versucht der folgende Beitrag zu erklären. Dazu wird zuerst die Auseinandersetzung rund um den Aktionstag im November 2012 beschrieben. Anschließend wird auf die rechtlichen Bestimmungen und die unterschiedlichen politischen und ökonomischen Ausgangslagen bzw. die kulturell-kognitiven Traditionen eingegangen. Schlussendlich werden alternative Modelle grenzüberschreitender Mobilisierungen vorgestellt, die leichter umsetzbar erscheinen als ein europäischer Generalstreik.

2. Der Aktionstag vom 14.11.2012

Als der portugiesische Gewerkschaftsbund CGTP für den 14. November 2012 den dritten nationalen Generalstreik ausrief, beschlossen die spanischen Gewerkschaften CC.OO und UGT (auch auf der Druck der Indignados-Bewegung) ihren Generalstreik auf denselben Tag zu legen. Italienische und griechische Gewerkschaften schlossen sich dieser Idee an. Das erste Mal in der Geschichte der Europäischen Union wurden im November vorletzten Jahres demnach nationale Streiks zeitlich synchronisiert (EGB 2012). Diese grenzüberschreitende Dynamik wollten einige GewerkschafterInnen aus dem Süden Europas sowie AktivistInnen aus sozialen Bewegungen nutzen, um einen europaweiten Generalstreik zu organisieren: In jedem EU-Mitgliedsland sollten – so die Vorstellung – ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften (zumindest für ein paar Minuten) ihre Arbeit niederlegen. Im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) führte diese Forderung zu großen Unstimmigkeiten und Verstimmungen: Die meisten nord-, mittel-, west- wie osteuropäischen Gewerkschaften konnten sich – aus verschiedensten Gründen, auf die weiter unten genauer eingegangen wird – nicht vorstellen „(aus Solidarität) zu streiken“. Schlussendlich einigte man sich darauf, auf das altbewährte Mittel der „Europäischen Aktionstage“ zurückzugreifen.

Die Aktionstage sind bislang das zentrale Mittel der europäischen Gewerkschaftsbewegung für grenzüberschreitende Mobilisierungen. Sie werden vom EGB ausgerufen, können auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen (betrieblich, sektoral oder gesamtgesellschaftlich) ansetzen und verschiedene Protestformen (von thematischen Veranstaltungen über Demonstrationen bis hin zu Streiks) annehmen. Seit 1992 wurden 28 Aktionstage organisiert, davon fanden 13 seit Ausbruch der Krise 2008 statt. In besonderer Erinnerung geblieben sind der Aktionstag gegen die oben bereits erwähnte Dienstleistungsrichtlinie

2005/2006 sowie der von der Europäischen Metallgewerkschaft (damals: Europäischer Metallgewerkschaftsbund (EMF), heute: industriAll) und den zuständigen Europäischen Betriebsräten (EBR) organisierte Aktionstag gegen die Schließung von Standorten und gegen Stellenabbau bei General Motors im Jahr 2007 (Gajewska 2008).

Am 14. November 2012 wurde also erneut ein Europäischer Aktionstag ausgerufen, an dem sich – neben den streikenden Ländern Griechenland, Spanien, Portugal und Italien – über 40 Gewerkschaften aus 22 anderen EU-Mitgliedstaaten beteiligten (Larsson 2013). Die dezentralen Aktionen reichten von Diskussionsrunden zum Thema „Soziales Europa/EU“ über Unterschriftensammlungen und Kundgebungen² bis hin zu kleineren und größeren Demonstrationen. Doch warum ließ sich der europäische Generalstreik nicht umsetzen?

3. Rechtliche Bestimmungen

In Interviews mit GewerkschafterInnen aus verschiedensten EU-Mitgliedstaaten³ zur Frage eines europäischen Generalstreiks wird meist zuerst auf die rechtlichen Bestimmungen hingewiesen: Das generelle Streikrecht ist sowohl in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK, Artikel 11) wie auch in der Europäischen Grundrechtscharta (EGRC, Artikel 12 und 28) festgeschrieben. In beiden Rechtsprechungen wird allgemein auf das Recht sich zu versammeln und sich zusammenzuschließen sowie konkret auf das Streikrecht hingewiesen (Felten 2013). Dennoch zeigen Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), dass das Streikrecht in der EU stark umstritten ist: Ein negatives Exempel statuierte der EuGH bei seiner Rechtsprechung im Fall *Viking*, in der er das generelle Streikrecht zwar anerkannte, es aber den Freiheiten des Binnenmarktes unterordnete (Fabbrini 2012). Mit der sogenannten Monti-II-Verordnung wollte die EU-Kommission im Jahr 2012 dieses Verhältnis von Arbeitskampfmaßnahmen und wirtschaftlichen Freiheiten im EU-Binnenmarkt weiter zu Gunsten zweiter verschieben. Die Verordnung wurde allerdings (auch auf Druck der nationalen Gewerkschaften) von Rat und Parlament abgelehnt (Bundesarbeitskammer 2012).

Neben dieser generellen Unterordnung des Streikrechts spielen auch nationale, rechtliche Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für oder gegen einen (General-) Streik: So unterliegen Gewerkschaften in Nord- wie in den meisten Ländern Mitteleuropas⁴ bei Kollektivvertragsverhandlungen beispielsweise der Friedenspflicht und sind bei bestimmten Formen der Arbeitsniederlegung haftungspflichtig. In Deutschland sind politische Streiks beispielsweise generell verboten. Darüber hinaus wird die Idee eines politischen Streiks vor allem in mitteleuropäischen Ländern mit dem Argument abgelehnt, dass hierdurch die Unabhängigkeit des Parlaments in Frage gestellt würde. Im Gegensatz dazu sind Generalstreiks in Südeuropa ein gängiges – auch rechtlich gedecktes – Mittel der Interessendurchsetzung; nicht zuletzt wegen der mangelhaften korporatistischen Einbindung von Gewerkschaften (Wilde 2012).

Nun lässt sich demgegenüber einwenden, dass auch das Recht ein Ausdruck politischer Kräfteverhältnisse ist (Buckel 2007) und gesellschaftliche Verhältnisse nicht für immer und ewig in Stein gemeißelt sein müssen: Warum also nicht einfach versuchen?

4. Politische und ökonomische Ausgangslagen und kulturell-kognitive Traditionen

Auf Basis von Interviews mit GewerkschafterInnen lassen sich sechs Faktoren ausmachen, die der Durchführung eines europäischen Generalstreiks – jenseits rechtlicher Bestimmungen – entgegenstehen. Diese überlappen sich zwar teilweise, werden im Folgenden allerdings als separate Faktoren vorgestellt.

(1) Die ungleichen politischen und ökonomischen Bedingungen in den Ländern Europas

Sieht man sich die Protestbereitschaft von Gewerkschaften an, so zeigt sich, dass diese stark nach der jeweiligen Krisenbetroffenheit des Landes variiert. Aus empirischen Untersuchungen weiß man des Weiteren, dass Generalstreiks meist in jenen Ländern ausgerufen werden, in denen Gewerkschaften vom formalen politischen Prozess ausgeschlossen sind (Kelly/Hamann 2013). Dementsprechend fanden alle bis auf einen der oben erwähnten Generalstreiks seit Ausbruch der Krise auch in Südeuropa bzw. in Frankreich statt (Schmalz/Weinmann 2013).

Die heterogene Entwicklung von sozialen Kämpfen ist eine Folge der ungleichen, politökonomischen Entwicklung in den EU-Mitgliedstaaten und Ausdruck einer tiefen Spaltung in der Eurozone (Becker 2012). Die großen materiellen Unterschiede verschärfen auch die Verteilungskonflikte innerhalb und zwischen den Staaten Europas: So hatte die deutsche Wirtschaft vor der Krise auf Grund ihrer Produktivitätssteigerung und der stagnierenden Reallöhne große Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet, während die südeuropäischen Länder mit hohen Leistungsbilanz- und Staatshaushaltsdefiziten zu recht kommen mussten (Lapavistas/Kouvelakis 2012). Solange ArbeitnehmerInnenrechte nicht synchron auf transnationaler bzw. europäischer Ebene angegriffen werden, wird es, diesem Argument folgend, wohl auch keinen europaweiten Generalstreik geben.

Von den Auswirkungen dieser Verteilungskonflikte sind die europäischen Gewerkschaften auch auf andere Weise betroffen: Aus der Europäischen Betriebsratsforschung ist bekannt, dass erhöhte Standortkonkurrenz einer grenzüberschreitenden Solidarisierung entgegenstehen kann, wenn auch nicht muss (Bernaciak 2013). Für einige Gewerkschaften und BetriebsrätInnen ist „competitive corporatism“ (Erne 2010) eine zentrale Strategie im Umgang mit globalen Wertschöpfungsketten.

(2) Machtungleichgewichte zwischen den Gewerkschaften Europas

Die unterschiedlichen polit-ökonomischen Ausgangssituationen der EU-Mitgliedstaaten schlagen sich auch in der Durchsetzungsstärke von Gewerkschaften nieder. So stehen südeuropäische GewerkschafterInnen derzeit – wie es ein österreichischer Gewerkschafter ausdrückt – „mit dem Rücken an der Wand“, während der ÖGB beispielsweise weiterhin über weitreichende institutionelle Machtressourcen verfügt. Anhand zweier zentraler Indikatoren für gewerkschaftliche Stärke – dem Organisationsgrad und der Kollektivvertragsdichte – zeigt sich das große Machtungleichgewicht innerhalb der Gewerkschaften Europas: So variiert der Organisationsgrad zwischen 8% in Frankreich und 74% in Finnland. Die KV-Abdeckung ist mit nur 15% in Litauen am geringsten und mit 98% in Österreich am höchsten. In vielen osteuropäischen Ländern sind Gewerkschaften ressourcenmäßig so schwach aufgestellt, dass ihnen die personellen, organisatorischen und finanziellen Mittel fehlen, um sich neben der nationalen, auch auf der europäischen Ebene zu engagieren.

Diese unterschiedlich verteilten Durchsetzungsstärken beeinträchtigen auch die gleichwertige Berücksichtigung von verschiedenen Interessenlagen und können die Basis für

eine Kultur des Misstrauens innerhalb der Gewerkschaften Europas sein. Ein spanischer Gewerkschafter führt dieses Misstrauen folgendermaßen aus: *„Wie können wir uns sicher sein, dass zum Beispiel deutsche Gewerkschaften sich auch für unsere Interessen einsetzen?“*

In vielen Mitgliedsländern und auch auf der europäischen Ebene sind Gewerkschaften darüber hinaus eng verzahnt mit politischen Parteien. Einige von diesen Parteien haben sich – auf nationaler wie auf europäischer Ebene – nicht unbedingt durch große Solidarität mit den Krisenländern ausgezeichnet. So wichtig die Verknüpfung von Politik und Gewerkschaften für die Durchsetzung der eigenen Interessen sein kann, so sehr kann sie – bei anti-solidarischem Verhalten der Parteien – allerdings auch das bestehende Misstrauen in der europäischen Gewerkschaftsbewegung weiter verstärken.

Ein europäischer Generalstreik wäre nur dann möglich, wenn zum einen in allen Mitgliedstaaten genügend (unabhängige) Machtressourcen hierfür vorhanden sind und zum anderen innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung gegenseitiges Vertrauen vorherrscht.

(3) Politische Einstellungen und politisches Handeln

GewerkschafterInnen aus Österreich und Finnland weisen in diesem Zusammenhang auch auf das tieferliegende Problem hin, „ihren“ ArbeitnehmerInnen die Probleme von ArbeitnehmerInnen aus südeuropäischen Ländern zu vermitteln: Vorurteile über *„faule Griechen, die über ihre Verhältnisse gelebt haben“* sind weit verbreitet und müssen erst einmal abgebaut werden: *„[also] zeigen, dass das auch nur arbeitende Menschen wie du und ich sind dort.“* (Interview mit finnischem Gewerkschafter)

Der ÖGB hat sich dieser Vermittlungsarbeit jüngst mit seinem Projekt *„Klinik der Solidarität“* gewidmet: In Thessaloniki wurde eine vom ÖGB finanzierte Ambulanz eröffnet, in der GriechInnen kostenlos versorgt wurden⁵. Diese Initiative wurde bei zahlreichen Gewerkschaftsveranstaltungen vorgestellt; einige BetriebsrätInnen hatten sogar die Möglichkeit sich das Projekt vor Ort anzusehen. Zwar steckt die Vermittlungsarbeit noch in Kinderschuhen – insbesondere in Österreich müssen GewerkschafterInnen gegen einen besonders vorurteilsbehafteten Diskurs antreten (Hofmann 2012). Dennoch sind es wichtige Initiativen zum Abbau von Vorurteilen und gesellschaftlichen Spaltungen in Europa.

Neben den Vorurteilen gegenüber ArbeitnehmerInnen aus anderen EU-Ländern sind (internationalistisch denkende) GewerkschafterInnen auch mit einem hohen Euroskeptizismus innerhalb der Organisation und bei den von ihnen zu vertretenden ArbeitnehmerInnen konfrontiert. Daten des Eurobarometers zufolge nimmt der Euroskeptizismus seit Ausbruch der Krise in beinahe allen EU-Ländern (außer in Bulgarien) auch stark zu. Der Euroskeptizismus wird durch den generellen Trend der Politikverdrossenheit in der Postdemokratie in einigen Ländern weiter verschärft. Während postdemokratische Entwicklungen bspw. in Spanien von sozialen Bewegungen herausgefordert werden, erschweren sie in anderen Ländern die Protestbereitschaft der jeweiligen Bevölkerung. Statt für gegenhegemoniale Konzeptionen eines „anderen Europas“ einzutreten, setzen sich bspw. hierzulande rechtspopulistische Parteien mit ihren Ansichten im Diskurs durch. Diese politische Ausgangslage erschwert die Arbeit von internationalistischen GewerkschafterInnen und steht der Durchsetzung eines europaweiten Generalstreiks entgegen.

(4) Unterschiedliche kulturelle Traditionen und eingesetzte Machtressourcen

Wie oben bereits erwähnt sind (General-)Streiks nicht in allen europäischen Ländern gleichermaßen als Mittel zur Interessendurchsetzung rechtlich anerkannt. Das liegt zu

einem Teil auch an den unterschiedlichen (nationalen) Traditionen der Konfliktaustragung (Klemm/Kraetsch/Weyand 2011) und den von Gewerkschaften darin üblicherweise eingesetzten Machtressourcen.

Gewerkschaften verfügen durch ihren Doppelcharakter als soziale Bewegung einerseits und politisch institutionalisierte Kraft andererseits über verschiedenste Machtressourcen, die sie je nach Land unterschiedlich stark einsetzen. In der Literatur wird meist zwischen struktureller, institutioneller, Organisations- und Bündnismacht unterschieden (Brinkmann et al. 2008). In Ländern, in denen Gewerkschaften ihre Interessen vorwiegend über institutionelle Macht durchsetzen, gibt es wenig(er) Mobilisierungs- und Streikerfahrung als in Ländern, in denen Gewerkschaften vorwiegend auf ihre Organisations- bzw. Bündnismacht vertrauen: So wird in stark sozialpartnerschaftlich organisierten Ländern (wie in Österreich oder in vielen nordeuropäischen Staaten) weitestgehend versucht, auf das Mittel des Streiks zu verzichten und die eigenen Interessen über bestehenden Institutionen (wie z.B. dem Parlament oder über die KV-Verhandlungen) einzubringen und durchzusetzen. Ein österreichischer Gewerkschafter bringt dies folgendermaßen auf den Punkt: „... in dieser Kultur können wir nicht hingehen und sagen: „Nur aus Solidarität streiken wir jetzt.“ Das muss aus unserer Sicht schon ein Mittel bleiben, was das Allerletzte ist.“ Wenn Streiks in diesen Ländern bereits im nationalen Rahmen so selten wie möglich eingesetzt werden, wird es schwierig sie auf europäischer Ebene zu implementieren.

Demgegenüber sind (General-) Streiks für Gewerkschaften aus Südeuropa oder aus Frankreich das zentrale Mittel zur Interessendurchsetzung. Mehrmals konnten etwa in Frankreich über große Protest- bzw. Streikbewegungen neoliberale Gesetzesentwürfe zu Fall gebracht werden. Erfolgreiche Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit sind die mehrtägigen Streiks gegen eine Vereinfachung des Kündigungsschutzes bei Jugendlichen (CPE) im Jahr 2006 sowie gegen die Pensionsreform im Jahr 2003 (Schmalz/Weinmann 2013). Südeuropäische Gewerkschaften sind durch ihre große Protesterfahrung auch viel besser vernetzt mit (oft transnational ausgerichteten) sozialen Bewegungen als Gewerkschaften aus sozialpartnerschaftlich organisierten Ländern. Dies erleichtert ihnen die Mobilisierung für (trans-)nationale Proteste.

(5) Kein gemeinsamer Frame hinsichtlich der Zukunft Europas

Möchte man einen europaweiten Generalstreik ausrufen, so muss auch das Ziel des Streiks klar definiert sein. Allerdings fehlt es den europäischen Gewerkschaften bislang an einem gemeinsamen Frame hinsichtlich der Zukunft Europas. Zwar herrscht offenbar Einigkeit über die Wichtigkeit einer sozialen Dimension in der EU. Wenn man sich die Forderungen der Streik- und Protestbewegungen seit Ausbruch der Krise genauer ansieht, so zeigt sich, dass Einigkeit darüber herrscht, wogegen sich die Gewerkschaften wenden (gegen Sozialabbau und die Zerschlagung des öffentlichen Sektors, gegen die Abwälzungen der Kosten der Krise auf die Bevölkerungen). Hinsichtlich des „wofür?“ gibt es allerdings noch viele offene Fragen: Die Gewerkschaften haben sich bislang noch nicht auf den Umfang und die konkrete Ausformung sozialpolitischer Vereinheitlichung geeinigt: „Wenn morgen die Kommission kommt und sagt: „Wir haben uns das alles anders überlegt - ihr habt Recht. Wir wollen euch miteinbinden und eure Position jetzt vertreten. Nennt uns eure Position.“ Dann hätten wir ein gewisses Problem. Weil es da schon sehr starke Unterschiede gibt, das ist schon klar.“ (Interview mit österreichischem Gewerkschafter). Die unterschiedlichen nationalen Ausgangslagen wirken hier als Barriere hinsichtlich einer konkreten Ausformulierung der gemeinsamen Vorstellungen und Ziele.

(6) Unklare Bedeutung des EGB bzw. der europäischen Ebene

Ein europäischer Generalstreik impliziert in weiterer Folge eine fortschreitende Europäisierung von Gewerkschaften. Dieser stehen nationale Gewerkschaften aus vielerlei Gründen jedoch eher skeptisch gegenüber: Die EU ist zwar mehr als ein reiner Staatenbund, allerdings nicht annähernd vergleichbar mit einem Bundesstaat. Dementsprechend wird auch der Aufbau von souveränen Gewerkschaftsgliederungen in Europa bislang noch eher stiefmütterlich angegangen. Die Verlagerung von Kompetenzen von der nationalstaatlichen auf die europäische Ebene wird im Allgemeinen von vielen Gewerkschaften als problematisch erachtet: Soll man – vor allem als machtvolle nationale Gewerkschaft – wirklich den nationalen Rahmen verlassen, um sich auf das unklare Kräftemessen auf der europäischen Ebene einzulassen (Bieler et al. 2008)? Einige Politökonomien, wie Wolfgang Streeck, bezweifeln dies und raten Gewerkschaften dazu, die nationalen Systeme sozialer Marktwirtschaft zu verteidigen (Streeck 2013). Diese Strategie kann die gegenwärtige negative Integrationsspirale in der EU jedoch weiter befördern – Gewerkschaften führen derzeit (gemeinsam mit sozialen Bewegungen) fast ausschließlich defensive Abwehrkämpfe im nationalen Rahmen, während sich das Kräfteverhältnis in Europa weiter zu Gunsten des Kapitals verschiebt. Die von mir befragten GewerkschafterInnen sind sich dieser Problematik durchaus bewusst. Sie finden bislang allerdings noch keine gangbare Lösung hinsichtlich der Kombination der verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen (europäische Ebene, nationale Ebene, regionale Ebene).

Ein europaweiter Generalstreik müsste eigentlich vom EGB ausgerufen werden. Dessen Rolle als Sprachrohr der nationalen Gewerkschaften Europas ist allerdings stark umstritten. Die Institution des EGB wurde „top-down“ eingerichtet und wird demnach oft als Teil der EU-Bürokratie erachtet (Hyman 2005). Solange der EGB weiterhin von den finanziellen Ressourcen der EU-Kommission abhängt, wird diese Skepsis auch nicht abgebaut werden können (Taylor/Mathers 2004). Dies hängt jedoch stark von der Bereitschaft der nationalen Gewerkschaften ab, den EGB finanziell und organisatorisch zu (unter-) stützen. Einige Gewerkschaften werfen dem EGB des Weiteren vor, dass er zu stark an eine politische Kraft (die europäische Sozialdemokratie) gebunden wäre und demnach die pluralen Interessen der europäischen Gewerkschaftsbewegung nicht ausreichend vertreten könne.

5. Kein europäischer Generalstreik, aber zunehmende regionale Synchronisierung und europaweit konzertierte Aktionen und Kampagnen

Angeichts der vielfältigen Probleme – rechtlich, politisch, ökonomisch wie kulturell-kognitiv – und der historischen Unterschiede, mit denen Gewerkschaften bei der Frage eines europaweiten Generalstreiks konfrontiert sind, scheint dessen Implementierung noch in weiter Ferne zu liegen. Wahrscheinlicher ist eher, dass die regionalen Synchronisierungen von Protest- bzw. Streikaktionen zunehmen. Auf regionaler Ebene ist die strukturelle Ungleichzeitigkeit der politischen Ökonomie auch nicht so groß wie auf europäischer Ebene. Regionale, grenzüberschreitende Aktionen sind auch hinsichtlich Form und Inhalt leichter abzustimmen als europaweite Aktionen. Sie sollten daher in Zukunft weiter forciert werden.

Die Debatte rund um einen europaweiten Generalstreik am 14.11.2012 hatte jedoch auch ihr Gutes: Die Wichtigkeit einer europäischen Dimension gewerkschaftlicher Aktionen wird von allen befragten GewerkschafterInnen hervorgehoben. Der Prozess des transnationalen Austausches und des Aufeinander-Bezugnehmens durch die Aktionstage wirkt sozial integrativ und identitätsstiftend. Ungeachtet der Verstimmungen im Vorfeld

des 14.11.2012 einigten sich die europäischen Gewerkschaften darauf, dass *„jeder in seinem Land herausholt, was er kann“* (Interview mit spanischem Gewerkschafter). Dass diese Einigung mehr war als ein reiner Formelkompromiss, zeigt die überwiegend positive Einschätzung hinsichtlich des Mobilisierungserfolgs bei vielen GewerkschafterInnen.

Ziel des EGB und einiger nationaler Gewerkschaften ist es nun die Aktionstage an inhaltliche Kampagnen zu koppeln. Man möchte ganz bewusst spezielle Themen (wie eine Steuer auf Finanztransaktionen oder die Abschaffung des Niedriglohnssektors) herausgreifen und diese in grenzüberschreitenden Aufklärungs- und Mobilisierungskampagnen als zentrale Anliegen der europäischen Gewerkschaften in die Diskussion einbringen: *„Ein Thema, bei dem wir sagen: dafür kämpfen wir, dafür kommen wir jedes Jahr einmal zusammen und geben keine Ruhe, bis es erfüllt wird. Ein Thema, das von Stockholm bis Palermo emotional getragen wird“* (Interview mit österreichischem Gewerkschafter). Konzertierte Aktionen sind zwar noch kein europaweiter Generalstreik, aber der europäische Gewerkschaftsapparat könnte sich hierdurch stärker und nachhaltiger in Bewegung setzen.

Ob ein solches Thema gefunden und ein europaweites Agenda-Setting wirklich erfolgreich betrieben werden kann, wird sich bereits in den nächsten Monaten bei der vom EGB initiierten Kampagne für einen europäischen Marshall-Plan zeigen. Diesen unterstützen (zumindest formal) alle Gewerkschaften Europas. Derzeit mehren sich jedoch die Anzeichen, dass diese Kampagne nur von Gewerkschaften aus West- bzw. Mitteleuropa getragen wird. Die – schon zu Beginn der Initiative skeptischen – nordischen Gewerkschaften scheinen bereits wieder aus der grenzüberschreitenden Kampagne auszuscheren: *„Einige Organisationen innerhalb des EGB wollen das unbedingt durchsetzen, wir glauben nicht so recht daran. Das Problem ist, dass das Programm unrealistisch ist. Die Finanzierung ist unklar und einige Vorschläge sind nicht überzeugend“* (Interview mit finnischem Gewerkschafter). Aber die Hoffnung auf eine erfolgreiche Kampagne bleibt und stirbt bekanntlich zuletzt.

Literatur

- Baccaro, Lucio (2010) Labour and the global financial crisis. In: Socio-Economic Review 8/2010, 341-376.
- Becker, Joachim (2012) Blindstellen: Ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU. In: Prokla 42 (3), 467-476.
- Bernaciak, Magda (2013) Labour Solidarity in Crisis? Lessons from General Motors. In: Industrial Relations Journal 44 (2), 139-153.
- Bieler, Andreas/ Lindberg, Ingemar/ Pillay, Devan (2008, Hg.) Labour and the Challenges of Globalization: What prospects for Transnational Solidarity? London.
- Bourdieu, Pierre (2004) Gegenfeuer. Hamburg.
- Brinkmann Ulrich/ Nachtwey, Oliver/ Décieux, Fabienne (2013) Wer sind die „99%“ – Eine empirische Untersuchung der Occupy-Protest. Arbeitspapier der Otto-Brenner-Stiftung.
- Brinkmann, Ulrich/ Choi, Hae-Lin/ Detje, Richard/ Dörre, Klaus/ Holst, Hajo/ Karakayali, Serhat/ Schmalstieg, Catharina (2008) Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung. Umriss eines Forschungsprogramms. Wiesbaden.
- Buckel, Sonja (2007) Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts. Weilerswist.
- Bundesarbeiterkammer (2012) Monti II: Schuss ging nach hinten los - EU-Kommission knickt ein und zieht Vorschlag zurück, http://www.akeuropa.eu/de/monti-ii-schuss-ging-nach-hinten-los-eu-kommission-knickt-ein-und-zieht-vorschlag-zurueck.html?cmp_id=7&news_id=1348 (10.12.2013).

- Busch, Klaus/ Hermann, Christoph/ Hinrichs, Karl/ Schulten, Thorsten (2012) Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht. In: FES Working Paper „Internationale Politikanalyse, 1-37.
- Crouch, Colin (2011) Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Frankfurt/Main.
- Della Porta, Donatella/ Caiani, Manuela (2009) Social Movements & Europeanization. Oxford.
- EGB (2012) ETUC Euro-Demonstrations, <http://etuc.org/r/1258> (05.11.2013).
- EMIRE (2013): Database of the European Employment and Industrial Relations Glossaries, <http://www.eurofound.europa.eu/emire/emire.htm> (Zugriff am 07.01.2014).
- Erne, Roland (2010) European Unions: Labor's Quest for a Transnational Democracy. Ithaka/New York.
- Fabbrini, Federico (2012) Europe in need of a new deal. On federalism, free market, and the right to strike. In: Journal of International Law 4, 1175-1258.
- Felten, Elias (2013) Im Spannungsfeld zwischen Gewerkschaftsfreiheit und Gewerkschaftsrecht. In: Anwander, Stefan et al. (Hg.) Wissenschaft über Gewerkschaft. Analysen und Perspektiven. Wien, 227-251.
- Gajewska, Katarzyna (2008) The Emergence of a European Labour Protest Movement? In: European Journal of Industrial Relations 14 (1), 104-121.
- Hofmann, Julia (2011) Verunsicherungen spalten. Eine Analyse der Quellen von Verunsicherung und ihrer gesellschaftlichen Spaltungen. In: Kurswechsel (3), 14-21.
- Hyman, Richard (2005) Trade Unions and the politics of the European Social Model. In: Economic and Industrial Democracy 26 (1), 9-40.
- Kelly, John/ Hamann, Kerstin (2013) General Strikes in Western Europe, 1980-2008, <http://faos.ku.dk/pdf/iirakongres2010/track4/28.pdf> (10.12.2013).
- Klemm, Matthias/ Kraetsch, Clemens/ Weyand, Jan (2011) Kulturelle Einflüsse auf die europäische betriebliche Mitbestimmung. In: WSI Mitteilungen (7), 328-335.
- Larsson, Bengt (2013) Transnational trade union action in Europe. The significance of national and sectoral industrial relations. In: European Societies, 1-23.
- Lapavistas, Costas/Kouvelakis, Eustache (2012) Crisis in the Eurozone. London/New York.
- ÖGB (2012) EGB-Aktionstag: 350 tanzten Sirtaki für Griechenland in Wien (Presseaussendung), http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20121114_OT0285/egb-aktionstag-350-tanzten-sirtaki-fuer-griechenland-in-wien (10.12.2013).
- Platzer, Hans-Wolfgang (2011) Die Europäischen Gewerkschaftsverbände: Errungenschaften, Probleme und Perspektiven einer transnationalen Gewerkschaftspolitik in der EU. In: Internationale Politik und Gesellschaft (2), 106-124.
- Rauh, Christian/Zürn, Michael (2013) Zur Politisierung der EU in der Krise, http://www.uni-leipzig.de/~sozio/mitarbeiter/m26/content/dokumente/735/Rauh,_Zuern.pdf (21.11.13).
- Scharpf, Fritz W. (2010) The asymmetry of European integration, or why the EU cannot be a 'social market economy'. In: Socio-Economic Review 8, 211-250.
- Schmalz, Stefan/ Weinmann, Nico (2013) Gewerkschaftliche Kampfyklen in Westeuropa. Die Jahre 1968 bis 1973 und seit 2008/09 im Vergleich. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2013.
- Streeck, Wolfgang (1992) Social Institutions and Economic Performance: Studies of Industrial Relations in Advanced Capitalist Economies. London/Beverly Hills.
- Streeck, Wolfgang (2013) Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin.
- Taylor, Graham; Mathers, Andrew (2004) The European Trade Union Confederation at the Crossroads of Change? Traversing the Variable Geometry of European Trade Unionism. In: European Journal of Industrial Relations 10 (3), 267-285.
- Visser, Jelle (2009) The quality of industrial relations and the Lisbon strategy. In: Visser, Jelle (Hg.) Industrial Relations in Europe 2008. Luxembourg, 45-72.
- Wilde, Florian (2012) Einleitung: Die Rückkehr des politischen Streiks. In: Gallas, Alexander/ Nowak, Jörg/ Wilde, Florian (Hg.) Politische Streiks im Europa der Krise. Hamburg, 7-23.

Anmerkungen

- 1 Eine Ausnahme sind hier die Occupy-Proteste, die in zahlreichen Ländern stattfanden (Brinkmann/Nachtwey/Décieux 2013).
- 2 In Österreich organisierte der ÖGB unter dem Motto „Wir sind alle Griechen“ einen Flashmob, bei dem rund 350 AktivistInnen Sirtaki tanzten. Darüber hinaus wurden auf Postkarten zahlreiche Solidaritätsunterschriften gesammelt und den griechischen GewerkschafterInnen übergeben (ÖGB 2012).
- 3 Die Interviews wurden im Rahmen eines aktuell laufenden Dissertationsprojektes durchgeführt (zwischen August und Dezember 2013), das sich mit den Möglichkeiten und Grenzen von transnationalen Gewerkschaftsprotesten in der EU beschäftigt. Interviewt wurden bislang 7 GewerkschafterInnen aus Österreich (4), Finnland (1) und Spanien (2). Weitere Interviews mit GewerkschafterInnen aus diesen Ländern sowie aus Bulgarien sind in Vorbereitung. Die Fallauswahl der Länder ist bedingt durch die These, dass nationale Arbeitsbeziehungen und die Rolle, die Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern spielen, einen starken Einfluss auf deren Einstellungen gegenüber grenzüberschreitenden Aktionen haben: Österreich steht, gemäß der Kategorisierung von Visser et al. (2009), für ein Land mit einem „sozialpartnerschaftlichen Modell“, Finnland für ein Land mit einem „organisierten Korporatismus“. Spanien gilt als Modell eines „staatszentrierten, südlichen Modells“ und Bulgarien als ein Beispiel für ein „Transformation-land“.
- 4 Belgien und die Niederlande sind hier Ausnahmen – in diesen Ländern gilt keine formale Friedenspflicht (EMIRE 2013).
- 5 Nähere Infos unter: <http://www.klinik-der-solidaritaet.at/klinik-der-solidaritat-2/>.